

## Antrag

der Fraktion der CDU

### Pharmazeutische Versorgung in Rheinland-Pfalz für die Zukunft sichern – Adäquater Neubau des Instituts für Pharmazeutische und Biomedizinische Wissenschaften und Ausbau der Studienplätze

Der Landtag stellt fest:

Auf die Gefährdung der medizinischen Versorgung in Rheinland-Pfalz durch einen Mangel an ärztlichem Personal weist die CDU-Landtagsfraktion schon seit Jahren hin. Eng damit verbunden ist der Fachkräftemangel im Bereich der Pharmazie, der sich in Zukunft weiter zu verschärfen droht, wenn nicht jetzt geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Schon gegenwärtig müssen wir zusehen, wie immer mehr Apotheken, vornehmlich in ländlichen Gebieten, schließen und somit Sicherheit und Verlässlichkeit bei der Medikamentenversorgung verloren geht. Insbesondere für ältere Menschen ist die Apotheke vor Ort eine wichtige Stütze des Gesundheitssystems. Hier drohen jedoch in den nächsten Jahren zunehmende Versorgungslücken, wenn der pharmazeutische Nachwuchs fehlt.

In einem Offenen Brief vom August 2020 hat die Landesapothekerkammer Rheinland-Pfalz eindringlich den Ernst der Lage skizziert: Um den Bedarf an approbierten Pharmazeutinnen und Pharmazeuten in unserem Land zu decken, werden künftig etwa doppelt so viele Studienplätze benötigt: Aktuell stehen am Institut für Pharmazeutische und Biomedizinische Wissenschaften nur etwa 50 Plätze pro Semester zur Verfügung, erforderlich wären aber 95, bzw. 190 pro Jahr.

Zusätzlich können die bereits bestehenden Ausbildungskapazitäten nur unter schlechten Bedingungen erhalten werden: Veraltete und zu kleine Labore sind den Anforderungen nicht angemessen und selbst die Sicherheit der Studenten- und Mitarbeiterschaft ist nicht mehr gewährleistet, unter anderem bedingt durch die Schadstoffbelastung der Gebäude. Allein dem überragenden Einsatz der Mitarbeitenden am Institut ist es noch zu verdanken, dass bisher die Ausbildung noch erfolgreich sichergestellt werden kann. Allerdings ist der Fortbestand des Instituts auf Dauer gefährdet und damit auch die zukünftige pharmazeutische Versorgung in Rheinland-Pfalz.

Bezeichnenderweise haben gerade die vergangenen zwei Jahre der Pandemie in aller Dringlichkeit gezeigt, welche wichtige Rolle Apothekerinnen und Apotheker im Gesundheitssystem für die Versorgung vor Ort und in Kliniken spielen. Und auch wenn wir zukünftig in der Arzneimittelversorgung unabhängiger von internationalen Lieferketten werden und Rheinland-Pfalz – wie von der Landesregierung selbst postuliert – zum „weltweit führenden Biotechnologiestandort“ ausbauen wollen, werden mehr Studienplätze benötigt, um die einschlägigen Fachkräfte im Land auszubilden, die schon allein durch den prognostiziert steigenden Bedarf in Forschung und Industrie dann in der Versorgung der Apotheken vor Ort fehlen.

In der Erhöhung der Anzahl der Pharmaziestudienplätze liegt also ein Schlüssel für die Sicherung der medizinischen Versorgung, die ohne Fachkräfte in öffentlichen Apotheken, in Kliniken sowie in Industrie, Wissenschaft und Verwaltung nicht zu stemmen ist.

Rheinland-Pfalz darf nicht darauf vertrauen, dass die in anderen Bundesländern ausgebildeten Pharmazeutinnen und Pharmazeuten anschließend hierzulande beruflich wirken, sondern muss seine Fachkräfte von morgen selbst ausbilden. Der Standort Mainz als einziger zur Ausbildung approbierter Apothekerinnen und Apotheker in unserem Land muss in diesem Sinne zudem unter den bestmöglichen Bedingungen in Studium, Lehre und Forschung arbeiten können.

Der Landtag spricht sich deshalb für einen zeitnahen, adäquaten Neubau des Instituts für Pharmazeutische und Biomedizinische Wissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität aus, der als Bauvorhaben priorisiert werden muss. Um die pharmazeutische Ausbildung und Versorgung im Land nicht zu gefährden, muss damit einhergehend auch ein Bekenntnis der Landesregierung zu einem erheblichen Ausbau der Studienkapazitäten und der notwendigen Professur in der Klinischen Pharmazie erfolgen, was bereits in den Planungen zu berücksichtigen ist.

Deshalb fordert der Landtag Rheinland-Pfalz die Landesregierung auf,

- die Sicherstellung der pharmazeutischen und damit auch der gesundheitlichen Versorgung im Land ernst zu nehmen und sich zum Bedarf an pharmazeutischem Nachwuchs zu bekennen;
- der Johannes Gutenberg-Universität die Ressourcen zur Verdopplung der Studienkapazitäten und zur Besetzung der dringend benötigten Professur für Klinische Pharmazie am Institut für Pharmazeutische und Biomedizinische Wissenschaften einzuräumen;
- den anstehenden Neubau als Chance zur adäquaten Planung zu begreifen und sowohl einen Ausbau der Studienkapazitäten als auch die Einrichtung der Professur für Klinische Pharmazie entsprechend zu berücksichtigen; das bedeutet, von einem bloßen Ersatzneubau Abstand zu nehmen;
- den notwendigen Neubau des Instituts prioritär zu behandeln, da die derzeitigen Verhältnisse die Ausbildungsbedingungen negativ beeinflussen und dem Ansehen des Standortes schaden.

Für die Fraktion:  
Martin Brandl